

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler vom 16.04.2013 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Burghardt, Jürgen - Vorsitzender
Baumann, Marita bis 19.10 Uhr
Kick, Andreas
Scheen, Wolfgang
Schmitz, Hendrik
von Ameln, Rainer
Faßbinder, Stefan für Geller, Thomas
Möller, Hartmut
Hummel, Dieter für Pelzer, Bernd
Koch, Franz für Timmermanns, Peter
Mandelartz, Alfred für Bockmühl, Gabriele
Fritsch, Dieter für Meißner, Elisabeth
Schallenberg, Markus
Resch-Beckers, Elvira für Esser-Beele, Heike
Jumpertz, Sabine

b) sachkundige Einwohner:

Nüsser, Ulrike
Rieger, Klaus
Kick, Willi
Akkas, Reyhan bis 19.35 Uhr
Karakök, Kazim für Akkas, Reyhan ab 19.35 Uhr

c) Es fehlten entschuldigt:

Gilles, Käthe
Kriz, Rosemarie
Trigoso, Jorge
Johnen, Hans

d) Gäste:

Diederer, Hans seitens der Stiftung GIPS
Übachs, Marianne seitens der Stiftung GIPS
Manzke, Ralph seitens des Polizeipräsidiums Aachen
Döveling, Bernhard seitens des Stadtteilbüros DRK
Fischer, Ute seitens des Stadtteilbüros DRK
Herrmann, Marion seitens des Stadtteilbüros DRK

e) von der Verwaltung:

Brunner, Frank -Beigeordneter-
StOAR Breuer, Angelika -Amt 50-
StAng Ortmanns, Nicole -Schriftführerin-

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales waren mit Einladung vom 02.04.2013 für Dienstag, den 16.04.2013, unter Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 20.11.2012
2. Einführung und Verpflichtung von sachkundigen Bürgern
3. Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen;
hier: Ergebnisse der 1. Inklusionskonferenz der StädteRegion Aachen und
Vorstellung des Projektes der niederländischen Stiftung "GIPS"
4. Vorstellung des Projektes "Kurve kriegen";
hier: Vortrag seitens des Projektleiters des Polizeipräsidiums Aachen
5. Sachstand der Modellmaßnahmen im Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord";
hier: Vortrag seitens des Betriebsträgers des Hauses Setterich
6. Theaterprojektwoche in den Sommerferien und andere Ferienmaßnahmen
7. Planungsstand zur Woche der Jugend 2013
8. Baesweiler Familienspielefest 2013
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

11. Schüler-Jobbörse Baesweiler;
hier: Antrag auf Mitfinanzierung vom 12.02.2013
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales, die Vertreter der Verwaltung, die Vortragenden zum Tagesordnungspunkt 3, Herrn Diederer und Frau Übachs von der Stiftung GIPS, den Vortragenden zum Tagesordnungspunkt 4, Herrn Manzke, Projektleiter des Polizeipräsidiums Aachen, Herrn Döveling, Frau Fischer und Frau Herrmann seitens des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband StädteRegion Aachen e.V. als Betriebsträger des Hauses Setterich sowie die Presse.

A) Öffentliche Sitzung

2. Einführung und Verpflichtung von sachkundigen Bürgern

Der Vorsitzende begann die Sitzung mit TOP 2 und führte zunächst das nicht dem Stadtrat angehörende Ausschussmitglied, Herrn Markus Schallenberg, als sachkundigen Bürger ein und verpflichtete ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von dem verpflichteten Ausschussmitglied unterzeichnet wurde.

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 20.11.2012

Die Niederschrift vom 20.11.2012 wurde von den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses für Jugend und Soziales einstimmig zur Kenntnis genommen.

3. Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen; hier: Ergebnisse der 1. Inklusionskonferenz der StädteRegion Aachen und Vorstellung des Projektes der niederländischen Stiftung "GIPS"

Herr Beigeordneter Brunner berichtete über die Ergebnisse der 1. Inklusionskonferenz der StädteRegion Aachen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006 (UN-Behindertenrechtskonvention - UN-BRK) sei für Deutschland auf Grund der Ratifizierung seit dem 26. März 2009 verbindlich.

Am 15.06.2011 habe das Bundeskabinett den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention und am 03.07.2012 das Landeskabinett den Aktionsplan "Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv" verabschiedet. Der Städtereionstag habe am 15.12.2011 den Beschluss gefasst, einen kommunalen Inklusionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die StädteRegion Aachen zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang fand am 16.03.2013 die 1. Inklusionskonferenz der StädteRegion Aachen statt, an der sowohl Menschen mit Behinderungen, Vertreter von Behindertenverbänden als auch Kommunen und politische Fraktionen teilgenommen haben.

Inklusion werde dabei als Prozess verstanden, der eine Gesellschaft zum Ziel hat, in der alle Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstverständlich teilhaben können.

In Baesweiler betrage der Anteil der Menschen mit Behinderung zur Zeit ca. 12 %, davon ca. 3 % mit einem Grad der Behinderung von 100 % sowie ca. 9 % mit einem Grad der Behinderung von 50 % bis 90 %.

Die in den einzelnen Arbeitsgruppen erarbeiteten Ergebnisse würden im Monat Mai auf der Homepage der StädteRegion Aachen online gestellt, sodass die Bürgerinnen und Bürger aus allen Städten und Gemeinden der StädteRegion Aachen ihre Ideen und Anregungen für eine inklusive Beteiligung behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben einbringen könnten.

Inklusion beziehe sich -wie bereits oben erwähnt- auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Einer der Schwerpunkte sei sicherlich ohne Frage der Bereich der Bildung.

In Artikel 24 UN - BRK (Bildung) gehe es vor allem darum, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem einzubeziehen.

Damit solle auch das gemeinsame zielgleiche und zieldifferente Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen in der allgemeinen Schule ermöglicht werden (inklusive Bildung).

Diese inklusive Bildung und Erziehung in allgemeinen Schulen solle im Schulgesetz NRW (SchulG) als Regelfall verankert werden. Hierzu habe die Landesregierung mit dem "Ersten Gesetz zur Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)" mit Datum vom 19.03.2013 einen ersten Gesetzesentwurf veröffentlicht.

Die Stadt Baesweiler sei derzeit Schulträger von insgesamt 6 Grundschulen und 3 weiterführenden Schulen. Darüber hinaus gäbe es in Baesweiler mit der Martinusschule eine Förderschule in der Trägerschaft der StädteRegion Aachen.

Derzeit würden bereits jetzt insgesamt fast 100 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den sogenannten Regelschulen in Baesweiler lernen. Dies seien rund 3 % der Schülerinnen und Schüler, die an den Baesweiler Schulen insgesamt beschult würden. Allerdings würden derzeit nicht an allen Baesweiler Schulen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult, so dass die prozentualen Anteile an der Schülerschaft einzelner Schulen teilweise deutlich höher seien. Dies betreffe unter anderem die GHS Goetheschule und die GGS Grengracht. Dort und an den anderen betreffenden Schulen würden die Kinder und Jugendlichen bereits jetzt individuell und entsprechend ihrer jeweiligen Bedürfnisse hervorragend gefördert.

Selbstverständlich sei die Stadt Baesweiler bereit, nach besten Kräften zum Gelingen der Inklusion in den Schulen beizutragen. Wichtig sei allerdings, dass die bestmögliche Qualität der Bildung und Versorgung aller Kinder gewährleistet sei.

Eine entsprechende qualitätsorientierte und gehaltvolle Inklusion setze allerdings voraus, dass die Kinder und Jugendlichen im Rahmen von inklusivem Lernen nicht schlechter gefördert würden als dies bislang in den Förderschulen der Fall sei.

Um dem jeweiligen sonderpädagogischen Förder- und Unterstützungsbedarf Rechnung tragen zu können, bedürfe es einer ausreichenden personellen und sächlichen Ausstattung der ortsansässigen Schulen.

So wurde in der AG "Schule und frühkindliche Erziehung" bei der 1. Inklusionskonferenz für den Bereich Schule und Bildung unter anderem gefordert, dass das derzeit vorhandene System nicht "von heute auf morgen" abgeschafft werde, sondern eine Zeit eines gemeinsamen Weges beschritten werden solle. Darüber hinaus sollte nach Ansicht der Arbeitsgruppe jeder Lehrer die Befähigung besitzen "inklusiv" zu unterrichten, ohne die Unterstützung von Förderschullehrern in Anspruch nehmen zu müssen. Dies beinhalte, dass in der Hauptsache die individuelle Förderung jedes Kindes im Vordergrund stehe und ein "inklusives" Bildungssystem ab der Kindertagesstätte eingeführt werden sollte.

Eine erfolgreiche Inklusion, insbesondere auch im Bereich der schulischen Inklusion setze aber auch die notwendigen finanziellen Ressourcen voraus. So weise die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen sehr deutlich darauf hin, dass das Land Nordrhein-Westfalen nach dem in der Landesfassung verankerten Konnexitätsprinzip dazu verpflichtet sei, für die Kommunen einen finanziellen Ausgleich für die Übertragung der mit der Umsetzung der Inklusion einhergehenden Kosten vorzunehmen.

Dies habe das Land bislang verweigert. Auch aus dem bereits oben erwähnten Gesetzesentwurf der Landesregierung, veröffentlicht am 19.03.2013, gehe hervor, dass das Land Nordrhein-Westfalen hier eine andere Auffassung vertrete.

So würde festgestellt, dass die Aufgaben der Schulträger nach Artikel 8 Abs. 3 Satz 1 der Landesverfassung (LV) und § 78 Schulgesetz unverändert blieben. Ebenso blieben die Regelungen über die Kostenträgerschaft in §§ 92 ff. Schulgesetz unverändert.

Die Auswirkungen des Gesetzesentwurfes führen nach Auffassung der Landesregierung nicht zu einer Ausgleichspflicht des Landes gegenüber den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Sinne des KonnexAG. Dies ergebe sich zum einen aus dem Umstand, dass Nordrhein-Westfalen bereits eine langjährige Tradition gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung aufweise, zum anderen sei eine gesetzliche Regelung verbindlicher, den Vollzug prägender Anforderungen/Standards (etwa zur räumlichen Situation oder zu Assistenzpersonal) nicht vorgesehen.

Eine solche Regelung wäre jedoch nach Ansicht der Landesregierung die Voraussetzung für eine Aufgabenänderung im Sinne des KonnexAG.

Die Landesregierung vertrete die Auffassung, dass - selbst wenn die These zuträfe - das Inklusion zu steigenden Soziallasten führe, dies ebenfalls nicht konnexitätsrelevant wäre, weil es sich bei den Regelungen des SGB VIII und des SGB XII um eine bundesgesetzliche, dem Land im Sinne des KonnexAG nicht zuzurechnenden Materie handelt. Die Kommunalen Spitzenverbände würden insofern allerdings auf die Konnexitätsrelevanz des Gesetzesentwurfes verweisen und einen Ausgleich der Mehrbelastungen der Gemeinden und Gemeindeverbände durch das Land verlangen und insofern auf ein hierzu vorliegendes Rechtsgutachten verweisen.

Aus Sicht der Verwaltung sei es zwingend erforderlich, dass die Landesregierung das Konnexitätsprinzip auch für die Inklusion anerkenne, damit die Kommunen in verlässlicher Weise planen und unter anderem die Bildungseinrichtungen auf ihrem Weg der Inklusion begleiten können.

Abschließend sei noch angemerkt, dass nach der oben genannten geplanten Bürgerbeteiligung seitens der StädteRegion Aachen im Mai 2013 am 11.10.2013 die 2. Inklusionskonferenz zur Erarbeitung des Inklusionsplanes für die StädteRegion Aachen stattfinden werde. Sodann werde der von der Inklusionskonferenz gemeinsam erarbeitete Inklusionsplan dem Städteregionstag zur Entscheidung vorgelegt. Über den weiteren Sachstand werde die Verwaltung sodann berichten.

Nach den Ausführungen von Herrn Brunner gab der Vorsitzende sodann das Wort an Herrn Diederer und Frau Übachs, die das Projekt der niederländischen Stiftung GIPS (niederländisch: Gehandicapten Informatie Project Scholen) vorstellten.

GIPS Spielen und Lernen biete ein modulares Schulungsprogramm für Schulen unter Mitwirkung von Menschen mit Behinderung an. Spielerisch entdeckten Schüler, wie es sei, eine Behinderung zu haben. Zweck dieser Schulung sei es, Vorurteile gegenüber Behinderung abzubauen, wodurch die Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft besser gelingen solle. Damit sich Kinder ein authentisches Bild von Behinderung machen könnten und diese bewusst erfahren könnten, besuchten die Schulungsteams von GIPS (Menschen mit Behinderung) Schulklassen.

Die trainierten Mitarbeiter, Ehrenamtler und betreute Beschäftigte, würden Schülern auf spielerische Weise vermitteln, wie es sei, eine Behinderung zu haben. Durch den persönlichen Kontakt bekämen die Kinder Antworten auf all ihre Fragen.

Der Vorsitzende, Herr Burghardt, bedankte sich für den beeindruckenden Vortrag bei Herrn Diederer und Frau Übachs.

Herr Wolfgang Scheen von der CDU-Fraktion bedankte sich ebenfalls für den Vortrag und bezeichnete die Kinder als Schlüssel für die Inklusion. Erwachsene und generell die Politik sollten sich an dem unbefangenen und offenen Umgang der Kinder mit dem Thema „Behinderung“ ein Beispiel nehmen.

Herr Markus Schallenberg von der SPD-Fraktion sprach auch seinen Dank aus und lobte die tolle und wertvolle Arbeit. Es sei großartig, dass man den Kindern diesen unbefangenen Umgang mit Behinderten vermitteln würde. Weiter hoffe er, dass dieses Projekt auch an einer Baesweiler Schule durchgeführt werde.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankte insbesondere Frau Übachs für die Einbringung ihrer persönlichen Lebenserfahrungen. Auch sie sähe die Inklusion als sehr wichtig an. Ihre Frage, ob Lehrer bei diesem Training einbezogen würden, bejahte Frau Übachs.

Auch Frau Sabine Jumpertz von der FDP-Fraktion dankte für den tollen Vortrag. Sie sei der Meinung, dass in Baesweiler zu wenig an den Schulen über das Thema „Behinderung“ gesprochen werde. Es sei wichtig, dass man Kindern den normalen Umgang mit körperlich oder auch geistig behinderten Menschen vermittele.

Herr Brunner ergänzte, dass seitens der Stadt Baesweiler geplant sei, das Projekt auch an Baesweiler Schulen vorzustellen.

Herr Diederer erwiderte daraufhin, dass sie für Gespräche offen seien. Insbesondere müssten jedoch hierzu in das Projekt Behinderte aus Baesweiler einbezogen werden. Auf die Frage, ob das Training für Kinder unter 10 Jahren angeboten würde, erwiderte Herr Diederer, dass das Training für Kinder im Grundschulalter zu früh sei.

Der Vorsitzende bedankte sich für den Vortrag und verabschiedete sich von Frau Übachs und Herrn Diederer.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zum Sachstand der Erstellung des Inklusionsplanes seitens der StädteRegion Aachen zur Kenntnis und dankte der Stiftung GIPS für den Bericht.

4. Vorstellung des Projektes „Kurve kriegen“; hier: Vortrag seitens des Projektleiters des Polizeipräsidiums Aachen

Herr Beigeordneter Brunner erläuterte eingangs, dass am 26.04.2013 eine Kooperationsvereinbarung zur Prävention von Kriminalität im Kindes- und Jugendalter (Initiative „Kurve kriegen“) zwischen dem Polizeipräsidium Aachen, den Städten Herzogenrath und Würselen sowie der StädteRegion Aachen mit den Jugendamtskommunen Baesweiler, Monschau, Roetgen und Simmerath mit dem Ziel, im Rahmen von Präventionsprojekten/-maßnahmen Kriminalität im Kindes- und Jugendalter zu verhindern, abgeschlossen wurde. Für den Einzugsbereich Baesweiler werde die Kooperationsvereinbarung durch die StädteRegion Aachen als örtlicher Jugendhilfeträger unterzeichnet.

Das Projekt "Kurve kriegen" existiere bereits seit Juni 2011 in den Städten Aachen, Alsdorf, Eschweiler und Stolberg. In der Sicherheitskonferenz am 18.12.2012 informierte der Polizeipräsident Aachen über die beabsichtigte Ausweitung des Projektes "Kurve kriegen" auf den gesamten Bereich der StädteRegion Aachen.

Ziel sei es, delinquente, aber noch nicht strafmündige Kinder/Jugendliche entsprechend des Rasters der Polizei (drei schwerwiegende Eigentumsdelikte, eine rechtswidrige Gewalttat u.a.) zu erkennen und frühzeitig Hilfe von psychologischen und pädagogischen Fachkräften anzubieten. Hierdurch solle ein weiteres Abgleiten in die Kriminalität verhindert werden. Die begleitenden beraterischen Hilfen für die Kinder, Jugendlichen und deren Eltern sowie gezielte Maßnahmen (Anti-Aggressionstraining, Sprachkurs, Mitgliedschaft im Sportverein) seien für die Jugendhilfe kostenfrei. Bei notwendigen intensiveren Hilfen (teilstationäre/stationäre Maßnahmen) würden die Kosten entsprechend eines Erlasses aufgeteilt (80 % Land und 20 % Kommune).

Der zuständige Leiter für das Projekt "Kurve kriegen", Herr Ralph Manzke, berichtete in der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales über das Projekt.

Die Präsentation ist der Originalniederschrift beigelegt.

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion dankte für den Vortrag und fragte nach, ob es ein Konkurrenzdenken zwischen den Kommunen mit eigenem Jugendamt und den Kommunen, bei denen die Jugendamtsaufgabe der StädteRegion unterliege, gäbe. Herr Manzke erwiderte, dass es keine Konkurrenzsituation gäbe, weder zwischen Polizei und Jugendamt, noch zwischen den Kommunen untereinander. Es gäbe im Rahmen des Projektes „Kurve kriegen“ keine Zusatzkosten, da auf Leistungen zurückgegriffen werde, die bereits bestünden, wie z.B. Hilfe zur Erziehung. Pädagogen im Projekt würden lediglich Hilfestellung leisten bzw. auf die bestehenden Leistungen hinweisen.

Herr Wolfgang Scheen von der CDU-Fraktion fragte nach den Baesweiler Fallzahlen und erkundigte sich, ob die Bedarfe größer seien als vorgesehen.

Herr Manzke erwiderte, dass für die Kommunen insgesamt 21 Plätze vorhanden seien und die Fallzahl in Baesweiler unter 10 läge. Da die finanziellen Mittel des Projektes „Kurve kriegen“ nicht komplett ausgeschöpft worden seien, fragte Frau Resch-Beckers seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob die Möglichkeit bestünde, dieses Projekt dauerhaft aufrecht zu erhalten.

Herr Manzke zeigte sich zuversichtlich bezüglich der Weiterführung des Projektes, da bisher keine Kürzung der Mittel vorgenommen worden seien. Da es sich jedoch um ein wirtschaftliches Projekt handle, könne man erst nach der Auswertung eine Prognose stellen.

Herr Markus Schallenberg von der SPD-Fraktion erkundigte sich, ob die Jugendlichen auch noch nach ihrem 15. Lebensjahr weiter begleitet würden.

Herr Manzke gab an, dass in Einzelfällen die Jugendlichen auch noch über das 15. Lebensjahr hinaus begleitet würden, wenn man die Hoffnung habe, dass die Jugendlichen noch die „Kurve kriegen“. Jedoch berichtete er weiter, dass niemand bis zum 18. Lebensjahr begleitet würde. Für Jugendliche, die bis zu ihrem 15. Lebensjahr die Kurve nicht „gekriegt“ hätten, würden andere Programme, wie z.B. das Intensiv-Täterprogramm, greifen.

Frau Reyhan Akkas vom Integrationsrat erkundigte sich, ob bei dem Projekt auch Psychologen integriert seien und ob Pädagogen ausreichen würden.

Der Vorschlag, Psychologen zu integrieren, wurde von Herrn Manzke aufgegriffen und notiert. Auch erkundigte sich Frau Akkas, ob in dem Projekt ebenfalls Jugendliche mit Migrationshintergrund seien und ob interkulturelle Kompetenzen vorhanden seien.

Herr Manzke teilte mit, dass es im Projekt auch Jugendliche mit Migrationshintergrund gäbe und es bestünde auch die Möglichkeit, interkulturelle Kompetenzen anzubieten.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Manzke für seinen Vortrag.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen des Leiters des Projektes "Kurve kriegen" zur Kenntnis und dankte Herrn Manzke für den Bericht.

5. Sachstand der Modellmaßnahmen im Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord"; hier: Vortrag seitens des Betriebsträgers des Hauses Setterich

Die Bürgerbegegnungsstätte "Haus Setterich" wurde am 21. September 2012 offiziell eröffnet und der DRK Kreisverband StädteRegion Aachen e.V. hat die Betriebsträgerschaft übernommen.

Innerhalb des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" sind zahlreiche Modellmaßnahmen vorgesehen, wie z.B. Musikbunker, Tonstudio, Formel 1-Werkstatt, Kinderakademie, Theater, Erzählcafé und Sicherheitsarena.

Seitens des Stadtteilbüros DRK gaben Frau Fischer, Frau Herrmann und Herr Döveling in der Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Soziales einen Sachstandsbericht über die Modellmaßnahmen im Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord".

Herr Döveling bedankte sich bei der Stadtverwaltung Baesweiler, der aktiven Nachbarschaft, dem Stadtteilbeirat, den anderen Organisationen und Initiativen sowie dem Ausschuss für Jugend und Soziales für die gute Zusammenarbeit, die die rasante und positive Entwicklung des Projektes „Soziale Stadt Setterich-Nord“ ermöglicht hätten.

Frau Fischer berichtete über bereits erfolgreich stattgefundene Feste und Projekte, wie z.B. die Gestaltung der Säulen im Haus Setterich, die Reinigungsaktion der aktiven Nachbarschaft, den runden Tisch „Soziales Setterich“, die Errichtung des Youthpoint am Haus Setterich und vieles mehr.

Weiter wies Frau Fischer auf das Stadtteilfest hin, das am 21.06.2013 stattfinden werde.

Frau Herrmann, die seit dem 01.02.2013 im Haus Setterich für die Aufsuchende Sozialarbeit zuständig ist, erläuterte ihre Arbeit und stellte das „Café Mama“ vor, welches den Fokus darauf legt, junge Mütter zu stärken. Sie erläuterte, dass das Projekt auch von der StädteRegion Aachen und dem Lions Club gefördert werde.

Weiter nannte Frau Fischer anstehende Projekte und Ausflüge, wie z.B. das Tonstudio, die Schrauberwerkstatt und der vom Café Mama organisierten Flohmarkt. Zuletzt informierte Herr Döveling darüber, dass es nun eine Integrationsagentur im Haus Setterich gäbe.

Herr Wolfgang Scheen von der CDU-Fraktion dankte für den Vortrag und für die gute Umsetzung des Projektes.

Auch Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion dankte für die geleistete Arbeit und das erreichte Ziel, das Haus mit Leben zu erfüllen.

Herr Dieter Fritsch von der SPD-Fraktion schlug vor, in einer Aktion innerhalb des Projektes „Soziale Stadt Setterich-Nord“ die Konzertmuschel im Burgpark Setterich zu verschönern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm den Sachstandsbericht zu den Modellmaßnahmen im Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord" zur Kenntnis und dankte dem Team des Stadtteilbüros DRK für den Bericht.

6. Theaterprojektwoche in den Sommerferien und andere Ferienmaßnahmen

In der Sitzung am 20.11.2012 hatte der Ausschuss für Jugend und Soziales die Verwaltung einstimmig damit beauftragt, in 2013 eine Zirkuswoche oder ein vergleichbares Angebot in den Ferien anzubieten.

Zwischenzeitlich war es der Verwaltung gelungen, in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro DRK für die Sommerferien eine Theaterprojektwoche zu initiieren. Diese solle in der 5. Sommerferienwoche stattfinden, und zwar in der Zeit vom 19. bis 23. August 2013 statt.

Herr Beigeordneter Brunner erläuterte den aktuell geplanten Ablauf der Theaterprojektwoche in den Sommerferien.

Die Ferienaktion sei Dank der Spende von Bedachungen Breuer aus Baesweiler für die Kinder und Jugendlichen im Alter von 8 bis 14 Jahren **kostenlos**.

Weitere Sommerferien-Maßnahmen in Baesweiler seien wie gewohnt die FABS des Malteser Jugendtreff Setterich in den ersten drei Ferienwochen sowie in diesem Jahr erstmals eine Ferienaktion für Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren von Vivawest in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund (NABU) in der vierten Ferienwoche. Die Jugendkunstschule "Aber Hallo e.V." würde in den Sommerferien im Bergfoyer des CarlAlexanderParks vom 22.07. bis 30.08.2013 wieder Ferienateliers im Rahmen des KinderKunstSommers anbieten.

Darüber hinaus würde die KJG Beggendorf (11 bis 15 Jahre nach Spanien), die Pfarre St. Marien (St. Martinus - 7 bis 15 Jahre nach Mulartshütte) sowie das Europaferienwerk Baesweiler-Selkant e.V. (10 bis 17 Jahre nach Schweden) Ferienfahrten anbieten.

Weitere Angebote für Kinder und Jugendliche würde der Baesweiler Aktivurlaub in den ersten zwei Wochen der Sommerferien bieten. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, die Campbox im Jugendcamp des CAP zu mieten.

Herr Burghardt bedankte sich bei Herrn Brunner für seinen Vortrag.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und bedankte sich bei der Firma Bedachungen Breuer für die Förderung der Theaterprojektwoche 2013.

7. Planungsstand zur Woche der Jugend 2013

Herr Beigeordneter Brunner berichtete über den Planungsstand der Woche der Jugend 2013.

Die Woche der Jugend im Jahr 2013 würde in der Zeit von Montag, 15.07.2013, bis Samstag, 20.07.2013, stattfinden.

Im Rahmen der Woche der Jugend seien neben verschiedenen Einzelveranstaltungen u.a. zwei Großveranstaltungen geplant. Dies seien am Mittwoch, dem 17.07.2013, der Lach-Möwen-Löwen-Tag sowie am Samstag, dem 20.07.2013, das Finale des CAP Music Contests (Nachwuchsband-Wettbewerb).

Der Lach-Möwen-Löwen-Tag würde in gewohnter Form auf dem Kirchvorplatz stattfinden. Am Mittwoch, dem 17.07.2013, würde es mit hoffentlich zahlreicher Hilfe von Kindergärten und Schulen, Vereinen und sonstigen Institutionen ein abwechslungsreiches Bühnen- und Rahmenprogramm für große und kleine Besucher geben.

Den Abschluss der Woche der Jugend bilde in diesem Jahr wieder das Finale des Nachwuchsband-Wettbewerbs "CAP Music Contest" am 20.07.2013 im CarlAlexanderPark.

Bei der Planung der weiteren Einzelveranstaltungen habe es sich bewährt, die Baesweiler Vereine und Schulen einzubinden. Über die Beteiligung von möglichst vielen Vereinen und weiteren Institutionen im Rahmen der Woche der Jugend freue sich die Verwaltung sehr.

Darüber hinaus solle es noch Angebote in Zusammenarbeit mit dem Team des DRK Stadtteilbüros sowie der Stadtbücherei geben.

Die Planungen hierfür seien noch nicht abgeschlossen.

Herr Burghardt bedankte sich bei der Verwaltung für die Organisation.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zum Planungsstand zur Woche der Jugend 2013 zur Kenntnis.

8. Baesweiler Familienspielefest 2013

Herr Beigeordneter Brunner stellte den Sachstand zum geplanten Familienspielefest 2013 vor.

In der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 20.11.2012 wurde ausführlich über das Familienspielefest 2012 berichtet.

Hinsichtlich des Familienspielefestes 2013 wurde vorgeschlagen -wie auch sonst üblich-, über die Planung für 2013 erst in der Frühjahrssitzung 2013 zu beraten und zu beschließen.

Darüber hinaus habe der Ausschuss für Jugend und Soziales die Verwaltung einstimmig beauftragt, bereits Angebote für einen Kooperationspartner zur Durchführung des Familienspielefestes 2013 einzuholen.

Wie bereits in der Sitzung am 20.11.2012 mitgeteilt, bestehe der bisherige Kooperationspartner FamilyGames, der seit vielen Jahren das gemeinsame Spielefest des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion Aachen und der Stadt Baesweiler organisiert, in der bisher bekannten Konstellation nicht mehr.

Der Verwaltung sei es jedoch gelungen, den Spielveranstalter "SpielKonzept4u" für die Durchführung des Baesweiler Familienspielefestes 2013 zu interessieren.

Dabei würde das bewährte Konzept des bisherigen Familienspielefestes bestehen bleiben. Das heißt, das Team von "SpielKonzept4u" würde mit ca. 200 Spielen in die Aula der Realschule Setterich kommen und die Spielebegeisterten beraten, Regeln erklären und zahlreiche Tipps geben.

Es würde wieder die neusten Spiele zum Ausprobieren geben und auf Präsentationsflächen würden einige Spiele vorgeführt und es bestünde die Möglichkeit, das Spiel des Jahres in Erklärrunden kennen zu lernen.

Neben dem Kleinkinderbereich würde es wieder einen Spieleflohmarkt geben. Darüber hinaus würde der bereits bewährte "Schulcup" der Baesweiler Grundschulen sowie auch der Puzzlewettbewerb "Deutschlands schnellste Puzzlestadt" abermals veranstaltet werden.

Unter Berücksichtigung der Vereinsveranstaltungen in Baesweiler wäre für das Spielefest das erste Adventswochenende 30. November/1. Dezember 2013 reserviert worden.

Als Sponsoren hätten abermals die Sparkasse Aachen und Spiel des Jahres e.V. gewonnen werden können.

Der Vorsitzende bedankte sich für den Vortrag.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales beauftragte die Verwaltung einstimmig, in 2013 ein Familienspielefest in Kooperation mit "SpielKonzept4u" zu veranstalten.

9. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Brunner ging auf die Meldungen zu dem radikalen Islamisten, der im Oktober 2012 bei einem US-Drohnenangriff in Pakistan getötet worden ist und der wohl einige Zeit hier in Setterich gewohnt bzw. gelebt hat, ein.

Hierzu machte er deutlich, dass es Rat und Verwaltung natürlich sehr betroffen mache, die Möglichkeiten, der Einflussnahme auf solche Tendenzen aber begrenzt seien.

Man erhoffe sich gerade auch durch das Projekt "Soziale Stadt" eine Förderung des Miteinanders, um solche Tendenzen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das Thema „Radikalisierung“ würde seitens der Stadt Baesweiler sehr ernst genommen.

Er informierte informierte darüber, dass es Anfang der 17. Kalenderwoche ein Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern des sozialen und kulturellen, marokkanischen Vereins in Baesweiler-Setterich und Umgebung geben werde, um zum einen über die Vorgänge zu sprechen, zum anderen aber auch, um gegebenenfalls hierzu auch eine gemeinsame Erklärung abgeben zu können.

Der Vorsitzende zeigte sich betroffen, dass der Name „König von Setterich“ international im Gespräch sei und das nicht gerade positiv.

Der Zeitungsartikel, der zu dem Thema veröffentlicht wurde, habe sein Übriges getan. In dem Zusammenhang bedankte sich der Vorsitzende bei Frau Fischer, die mit ihrer Stellungnahme in der Presse Schadensbegrenzung betrieben habe.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußerte, dass dieser Vorfall ihrer Meinung nach nicht auf Setterich, die Bevölkerung oder auch die Moschee bezogen werden könne. Der Zeitungsartikel sei überzogen und man solle den Vorfall nicht überbewerten. Auch dem Integrationsratsvorsitzenden sei für die Stellungnahme zu danken, der sich von dem Thema direkt distanzierte.

10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion regte an, ein Hinweisschild für den barrierefreien Eingang im Hintereingang anzubringen.

Herr Brunner erwiderte, dass dies nochmals weitergegeben werde.

B) Nichtöffentliche Sitzung